

CAMPUSZEITUNG

WISSEN
WAS
WIRKT



FOTO: ©YUMIKO ROHRER

Bildungs- gerechtigkeit

Von Ralf Fücks

Unser Bildungssystem hat eine soziale Schlagseite. Es privilegiert die Privilegierten. Wer von unten kommt, hat es schwerer als andere. Immer noch stoßen Migrantinnen und Migranten auf subtile oder offene Formen der Abwertung, weil andere Aspekte über Bildungswege entscheiden als Begabungen, Talente und Fähigkeiten. Für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, muss daher eines der großen Ziele künftiger Bildungspolitik sein. Es geht darum, den Anspruch auf Gleichheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen – gerade im Bildungsbereich, wo schon früh Lebenschancen eröffnet oder verbaut werden. Ohne Bildung kein sozialer Aufstieg. Unsere Gesellschaft kann sich weniger denn je leisten, Kinder aus ‚bildungsfernen Schichten‘ nicht zu fördern. Schon heute öffnet sich eine wachsende Fachkräfte-Lücke. Der demografische Wandel verschärft dieses Problem. Gute Bildung für alle wird zur Schlüsselfrage für den Wohlstand von morgen. Das Ziel ist und bleibt: mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem.

Ralf Fücks ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Zukunft hat meistens das Nachsehen

In den nächsten Jahren muss es gelingen, die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Die Länder haben jedoch vielfach nicht die Mittel, die Unterfinanzierung zu überwinden, der Bund nicht die Kompetenzen. Das Nachsehen haben die Lehrenden und Studierenden – dabei sollen sie die heute angehäuften Schuldenberge eines Tages abtragen. **Von Philipp Antony**

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“, befand John F. Kennedy und brachte damit aphoristisch auf den Punkt, dass Investitionen in die Qualität von Schule, Ausbildung, Studium und Lehre zwar einen hohen Preis haben, aber dennoch zu unverzichtbaren gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen zählen. Diese Einsicht ist in der Bildungspolitik auch weitgehend unumstritten, allerdings ist auffällig, dass es vielfach nicht gelingt, sie in politisches Handeln zu überführen. Zwei Beispiele.

Der Blick aufs große Ganze: Baustelle „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“. Da das in Lissabon verabredete Ziel, die nationalen F&E-Aufwendungen bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, nicht erreicht worden ist, hat man es sich für

2015 einfach erneut vorgenommen. Während sich die bereits proklamierte „Bildungsrepublik“ also noch etwas gedulden muss, bis sie sich ihres Namens würdig erweisen kann, haben sich andere Staaten längst ambitioniertere forschungspolitische Ziele jenseits der Drei-Prozent-Marke gesetzt. Der Blick nach innen: Baustelle „Studium und Lehre“. Der Wissenschaftsrat hat bereits 2008 mit den Stimmen von Bund und Ländern ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, um die Qualität von Studium und Lehre anzuheben: die Verbesserung der im internationalen Vergleich schlechten Betreuungsrelationen, mehr Personalmittel für Tutorien, Beratung und Fortbildungen oder die Einrichtung von Fachzentren für die Hochschullehre, um nur einige zu nennen. Insgesamt ein Paket von 1,1 Milliarden

Euro, das jedoch in dieser Form nie bei den Hochschulen angekommen ist, weil die Finanzkrise dem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Immerhin wurde der Hochschulpakt fortgeschrieben, um die steigenden Studierendenzahlen bewältigen zu können – doch leider sind die dort festgelegten Beträge geringer als die durch einen Studienplatz entstehenden Kosten. Die Qualität hat also gegenüber der Quantität letztlich das Nachsehen im föderalen bildungspolitischen Zusammenwirken. Welche Schlussfolgerungen kann man aus den Beispielen ziehen? Geld allein ist selbstverständlich nicht der einzige Weg, um die Qualität von Lehre und Studium anzuheben. Auch die Hochschulen können viel beitragen, indem sie Qualität zur Chefsache erklären und sich offenen bzw. nur notdürftig gesicherten

Baustellen widmen: Die Konzeption und Studierbarkeit von Studiengängen wäre beispielsweise einer selbstkritischen Analyse zu unterziehen, die Übergänge zwischen Bildungsbereichen müssten verbessert und die Anschlussfähigkeit von Bildungsgängen angegangen werden, um insgesamt mehr Flexibilität zu ermöglichen.

Mit Blick auf die Politik ist zu hoffen, dass es gelingt, das wenig produktive Geflecht von Kompetenzen und Potenzialen föderal neu zu sortieren. Zum Wohle der Hochschulen, ihrer Angehörigen und – wenn Kennedy Recht haben sollte – zum Wohle der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems.

Philipp Antony ist Referent für Bildung und Wissenschaft der Heinrich-Böll-Stiftung.

„Den Finanzdeckel aufheben“

Die Grünen Bildungspolitiker Krista Sager und Kai Gehring fordern mehr Geld für die Hochschulen und eine Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, um Bildung und Wissenschaft nachhaltig zu finanzieren

Frau Sager, seit Jahren wird über die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen debattiert. Warum ist es so schwierig, dagegen etwas zu unternehmen?

In den letzten Jahren sind zwar erhebliche zusätzliche öffentliche Mittel in

das Wissenschaftssystem geflossen, das Problem der erodierenden Grundfinanzierung der Hochschulen wurde damit aber nicht behoben. Im Gegenteil – die Probleme wurden durch Sonderprogramme wie den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative oder den Hochschulpakt zum Teil sogar

verschärft und werden sich durch die Schuldenbremse für die Länder noch weiter vergrößern. Der Hochschulpakt schafft zwar Studiemöglichkeiten, finanziert aber nicht die Vollkosten eines Studienplatzes. Durch die dramatisch gestiegene Drittmittelquote werden zusätzliche Grundmittel gebunden. Gleichzeitig verstärken die Drittmittel die Tendenz zur Kurzzeitbefristung von Beschäftigungsverhältnissen. Der Pakt für Forschung und Innovation, von dem vor allem die außeruniversitären Forschungseinrichtungen profitieren, löst bei den Ländern erhebliche Mitfinanzierungspflichten aus. Diese Mittel stehen dann bei der Grundfinanzierung der Hochschulen nicht zur Verfügung.

Zusammen mit Kai Gehring haben Sie zu Jahresbeginn Vorschläge für einen Umbau der Hochschulfinanzierung unterbreitet. Was sind die zentralen Anliegen der Grünen?

Wir wollen, dass mehr Geld in die Haushalte der Hochschulen fließt. Das kann man auf unterschiedliche Weise erreichen: Der Bund könnte etwa eine größere Verantwortung bei der gemeinsamen Forschungsförderung übernehmen, und die Länder könnten sich im Gegenzug dazu verpflichten, die frei werdenden Mittel in die Hochschulen zu investieren. Der Bund könnte beispielsweise bei der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemein-

schaft 70 statt bisher 50 Prozent der Kosten übernehmen und die Programmpauschale erhöhen. Ein zweites zentrales Thema ist die Befristung von Arbeitsverhältnissen, die inzwischen extrem ausgeufert ist. Wir wollen daher die Wissenschaftspakte an Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse koppeln. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen sich verbindlich verpflichten, für eine nachhaltige Personalentwicklung zu sorgen.

Herr Gehring, warum sehen Sie vor allem im Bereich Finanzen den Schlüssel für mehr Qualität in Studium und Lehre?

Fortsetzung Seite 2

weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

NORDRHEIN-WESTFALEN

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN

umdenken
Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Baden-Württemberg

Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

STIFTUNG LEBEN & UMWELT
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

HEINRICH BÖLL STIFTUNG SAAR
Die grüne politische Stiftung im Saarland

Heinrich-Böll-Stiftung
Thüringen e.V.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
MECKLENBURG-VORPOMMERN

Petra Kelly
STIFTUNG
Republikisches Bildungswerk für Demokratie
und Theorie in der Heinrich-Böll-Stiftung

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Brandenburg

Heinrich Böll Stiftung
Rheinland-Pfalz

hbs
Heinrich-Böll-Stiftung
Hessen

hbs
heinrich böll
stiftung
sachsen-anhalt

Fortsetzung von Seite 1

Die Anforderungen an die Hochschulen steigen: mehr Studierende, eine vielfältigere Studierendenschaft, Öffnung für Erwachsenen- und Weiterbildung, Technologie- und Wissenstransfer, regionale Vernetzung und Internationalisierung. All diese Daueraufgaben bewältigen die Hochschulen mit einer Grundfinanzierung, die zwischen 1995 und 2008 nur um 16 Prozent gestiegen ist. Das entspricht nicht einmal einem Inflationsausgleich. Im selben Zeitraum wuchs die Zahl der Studienanfänger um 34 Prozent. Inzwischen berichten vier von zehn Studierenden von überfüllten Seminaren und Vorlesungen oder ausgebuchten Pflichtveranstaltungen. Das verschlechtert Studienbedingungen und gefährdet Bildungsaufstiege! Wer heute nur halberzig in bessere Bildung investiert, wird Fachkräftemangel und soziale Folgekosten ernten.

Was muss geschehen, damit sich die Situation der Studierenden tatsächlich verbessert?

Der Bedarf an Studienplätzen bleibt noch lange Zeit auf hohem Niveau. Der Hochschulpakt muss daher aufgestockt und verstetigt werden, damit zusätzliches Personal eingestellt und Baumaßnahmen eingeleitet werden können. Steht der Bund weiter auf der Bremse, werden Länder und Hochschulen ab 2014 auf sich allein gestellt sein, die zusätzlichen Studienanfänger zu finanzieren. Der bisherige Finanzdeckel muss daher aufgehoben werden, um bessere Studienbedingungen zu ermöglichen. Allein dafür sind ab 2014 jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich notwendig. Auch müssen die Weichen für eine Neujustierung des Paktes ab 2016 gestellt werden.

Im Grundgesetz ist das „Kooperationsverbot“ verankert, das in der Bildung das Zusammenwirken von Bund und Ländern untersagt und in der Wissenschaft in enge Bahnen zwingt. Warum wollen Grüne und SPD Kooperationsmöglichkeiten erweitern?

Das Kooperationsverbot muss vollständig fallen. Der Vorschlag von Union und FDP, ein paar „Leuchtturm-Unis“ mit Bundesmitteln zu fördern, läuft an den drängendsten Problemen vorbei. Herausforderungen wie Ganztagschulen, Inklusion und Studienplätze müssen von Bund und Ländern endlich gemeinsam bewältigt werden. Dafür braucht es eine Ermöglichungsverfassung für Bildung und Wissenschaft sowie eine echte Verantwortungspartnerschaft von Bund und Ländern.



Krista Sager ist Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik, Kai Gehring Sprecher für Bildungs- und Hochschulpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Gesucht: Hochqualifizierte aller Fachrichtungen

Der demografische Wandel eröffnet neue Berufschancen für Studierende aller Disziplinen. Von Stefanie Groll

Das IW Köln rechnet für die kommenden 15 Jahre mit einem „Bedarf von knapp 1,2 Millionen zusätzlichen Akademikerstellen“. Für die heutigen Studierenden ist das verheißungsvoll: Sie werden gebraucht und ihr Studium scheint sie gegen Arbeitslosigkeit abzusichern. Doch gilt das für alle Studierenden? Bekommen Sprachwissenschaftler/innen dank demografischen Wandels in Zukunft genauso einfach einen Job wie Ingenieure? Wie viele Absolvent/innen aus leidiger Erfahrung wissen, ist der

Einstieg in das Berufsleben holprig, denn der Arbeitsmarkt gibt sich höchst selektiv, was die Studienfächer betrifft.

MINT-Fächer sind in der Offensive

Die Selektivität des Beschäftigungssystems lässt sich in der Tat gut entlang der Studie „Hochschulabschlüsse im Umbruch“ der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) nachzeichnen (2009). Die Daten belegen, dass

es bisher nicht egal ist, was man studiert. Studierenden von Fächern ohne klaren Berufsfeldbezug, das sind klassischerweise die Geistes- und Sozialwissenschaften, gelingt der Einstieg ins Berufsleben weniger gut als den MINT-Absolvent/innen/en. Erstere berichten häufiger von Unterforderung, und die „ökonomische Verwertbarkeit“ ihres Studiums ist geringer. Studieren Hunderttausende das Falsche, weil es jobtechnisch schwierig ist und längerfristig berufliche Unzufrieden-

heit droht? Die Studierenden in den Fächern ohne klaren Berufsfeldbezug sehen es eher gelassen. Trotz der objektiv schlechten Bedingungen beim Berufseinstieg sind sie mehrheitlich doch zufrieden, bereuen ihre Fächerwahl nicht. Die Prognose des IW Köln deutet jedoch darauf hin, dass auch sie demnächst gebraucht werden, in Industrie und Dienstleistungen - und in Branchen, die bisher vor allem die MINT-Studierenden umwerben.

Unternehmen müssen mehr in den Nachwuchs investieren

Methodische Kompetenzen wie „fachliches, auch disziplinübergreifendes Urteilsvermögen, die Fähigkeit zur Nutzung von Recherche- und Arbeitstechniken sowie von Methoden des Zeit- und Projektmanagements“ gehören zum Kern der akademischen Ausbildung. Und natürlich soziale Kompetenzen wie „Kommunikationsfähigkeit auch in anderen Sprachen, Teamfähigkeit und die Fähigkeit zur Nutzung von Präsentations-, Moderations- und Feedbacktechniken“. So steht es in einem Memorandum der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA), des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Hier wird auf Kompetenzen gesetzt, die auch oder gerade Studierende erlangen, die in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu Hause sind. BDA, BDI und HRK legen den Unternehmen nahe, die übergreifenden Kompetenzen aller Hochschulabsolventen zu erkennen, ihnen den Berufseinstieg zu erleichtern und sie bedarfsgerecht weiterzubilden. BDA, BDI und HRK haben erkannt, dass es Aufgabe der Unternehmen ist, in die Weiterbildung und das Kompetenzprofil der Berufseinsteiger/innen zu investieren. Anders gesagt: Noch tun die Unternehmen aus Sicht der Verbände zu wenig, um nichtentschlagige Absolvent/innen anzusprechen und in ihre Betriebe zu integrieren. Die Arbeitgeberverbände werben darum bei ihren Mitgliedern dafür und setzen entsprechende Programme auf. Diese Initiativen der Verbände sind richtig, denn die Kosten für Personalentwicklung sollten nicht auf die Hochschulen und die Steuerzahler/innen abgewälzt werden. Zudem müssten solche Initiativen sowieso am Bedarf der unterschiedlichen Unternehmen ausgerichtet sein. Erst dann können die Unternehmen das gesamte akademische Potenzial erschließen. Und im demografischen Wandel liegen dann neue berufliche Chancen für alle Studierenden.

Stefanie Groll ist Promovendin an der Graduate School of Politics an der Universität Münster.



Small-Talk-Wissen für Studierende

1. Im Jahr 1996 nahmen 28,1 % eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf, 2012 waren es fast doppelt so viele, nämlich 54,7 %.
2. An der Universität Kopenhagen gibt es den Masterstudiengang *Master of Disaster Management*. Worum geht es? Akademische Weiterbildung von Katastrophenhelferinnen und -helfern.
3. Warum promovieren? „Raise your level of self-esteem with a prestigious honorary degree“, ist die Antwort der *Miami Life Development Church*, bei der man für schlappe 60,- Euro einen Ehrendoktor erwerben kann. Zur Wahl stehen anerkannte Fachgebiete wie

Feng Shui, Angel Therapy, Ufology, Aromatherapy und Transpersonal Communications. Unser Favorit: der *Doctor h.c. of Immortality*. Ewig währt am längsten.

4. Der berühmte Zettelkasten des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann umfasst etwa 65.000 eng beschriebene



Zettel in einem unscheinbaren Kartei-schrank. Um Platz zu sparen, verwendete Luhmann zudem extra dünnes Papier.

5. Der *Tractatus Logico-Philosophicus* ist das einzige wissenschaftliche Buch, das Ludwig Wittgenstein je veröffentlicht hat. Der Philosoph flüchtete vor seinem Abschluss von der Uni, weil er ernsthaft fürchtete, dort verrückt zu werden.

6. Der US-Bundesstaat Kalifornien gibt inzwischen mehr Geld für seine



Gefängnisse aus als für seine Hochschulen, so eine Studie der Non-Profit-Organisation *California Common Sense (CACS)*: In den letzten 30 Jahren sind die Ausgaben für Hochschulen um 13 % gesunken, während sich die Aufwendungen für Haftanstalten vervier-

facht haben. 7. Die durch den Träger der Hochschulen finanzierten laufenden Ausgaben für Forschung und Lehre beliefen sich

in Deutschland im Jahr 2009 auf 7.210 Euro je Studierenden. Träger sind in den meisten Fällen die Länder. Für angehende Mediziner/innen müssen 26.650 pro Kopf aufgebracht werden, in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nur 4.450 Euro.

8. Die längste Doktorarbeit umfasst laut Guinness-Buch der Rekorde knapp 2200 Seiten. Es ist die Dissertation des Historikers Joachim Schuhmacher über die Entwicklung des Segelsports. Angenom-



Das Versprechen der Exzellenz

Zur Rechtfertigung elitärer Wissenschaft

von Dr. Tobias Peter

«Exzellente Aussichten» wurden am 15. Juni 2012, dem Tag der Entscheidung über die ‚Elite-Uni‘ TU Dresden, prophezeit. Mit der Aufnahme der TU Dresden in die dritte Förderlinie der Exzellenzinitiative, dem Zukunftskonzept zum Ausbau der universitären Spitzenforschung wurden nicht nur an der Universität selbst, sondern auch in Politik und Medien zum Teil euphorische Reaktionen und Erwartungen ausgelöst. «Sollte sich Dresden durch den Status Elite-Uni als Wissenschaftsstandort etablieren, wird das Bevölkerungswachstum wohl noch einmal beschleunigt», so die Sächsische Zeitung. Höhere Attraktivität für Fachkräfte, höheres Wirtschaftswachstum, Bevölkerungszug: «Das ist eine Kettenreaktion, die Dresden noch einmal einen gewaltigen Schub geben wird», verspricht die sächsische Wissenschaftsministerin Sabine von Schorlemer. «Das Interesse an der Universität, an den Forschungsinstituten der Stadt und den Unternehmen wird sich international erheblich vergrößern. Die Wirtschaft dieser Stadt wird dadurch expandieren.» Selten hat die Aussicht auf die finanzielle Förderung einer Universität eine solche diskursive Wucht ausgelöst. Angesichts eines Fördervolumens, das kaum einem Zehntel des Jahresetats von US-Eliteuniversitäten entspricht, sind Ausmaß und Zielrichtung der großen öffentlichen Aufmerksamkeit und der vielfältigen Zuschreibungen, die mit der Exzellenzentscheidung für die TU Dresden verbunden sind, erklärungsbedürftig. Mit dem dabei zutage tretenden Versprechen der Exzellenz, lassen sich die politischen und gesellschaftlichen Grammatiken einer wissenschaftspolitischen Rechtfertigungsordnung (Boltanski/Thevenot) herauspräparieren, mit denen sich elitäre Wissenschaft legitimiert.

Die Rechtfertigung elitärer Wissenschaft, die nicht nur in den Medien ebenso wie in wissenschaftspolitischen Stellungnahmen der sächsischen Staatsregierung zu Tage tritt, beruht im Kern auf einem Glauben an die Kraft der Hierarchie. Dieser Glauben verbindet die ökonomisch inspirierte diskursive Ungleichheitskonstruktion der ‚Minderleister‘ und ‚High-Performer‘ mit der zwangsläufigen Forderung von Wettbewerb und Spitzenförderung, denn: nur «Exzellenz zieht Exzellenz an» (Sächsische Zeitung v. 18.06.2012). Die Rhetorik der Spitzenforscher und «High Potentials» etabliert eine Rangordnung, die davon ausgeht, dass wissenschaftlicher Fortschritt weniger durch die Kooperation der Vielen entsteht, sondern durch wenige Leistungsspitzen, die aus einer harten Konkurrenz hervorgehen. Damit liefert das Versprechen der Exzellenz eine so autoritätsgläubige wie heroische Erzählung des Wissenschaftsbetriebs, die den komplexen Entstehungsprozess wissenschaftlicher Wahrheiten auf den Kampf um Reputation reduziert.

Das Versprechen der Exzellenz, das sich die Politik zu Eigen macht, entfaltet aus der Entscheidung für eine Elite-Universität eine Sogwirkung für Stadt und Region. Laut Ministerpräsident Stanislaw Tillich habe eine erfolgreiche Exzellenz-Initiative zur Folge, «dass damit mehr Drittmittel als bisher eingeworben werden können. Damit strahlt die TU auch auf andere Hochschulen in Sachsen ab. Die werden ebenfalls profitieren. Zudem werden mehr Studenten in den Freistaat kommen.» Von der Förderung der Starken profitieren letztlich auch die Schwachen - diese anti-egalitäre Gerechtigkeitsargumentation will Ungleichheiten nutzen und fördern, um insgesamt zu mehr Qualität und Wohl-

stand zu kommen und begründet so eine ungleiche Mittelverteilung. Dieses Rechtfertigungsmuster baut direkt auf der Annahme von Wettbewerbsgerechtigkeit und der prinzipiellen Gleichheit der Marktteilnehmer nach dem Motto «Jeder kann es schaffen» auf. Ähnlich wie bei der Legitimation höchster Einkommen wird die Akkumulation von Kapital oder hier Reputation mit Leistungsfähigkeit gleichgesetzt, während deren voraussetzungsreiche Bedingungen ausgeblendet werden.

Im Zentrum des Versprechens steht jedoch nicht der erhoffte wissenschaftliche Fortschritt selbst, sondern die angenommenen ökonomischen (Domino-)Effekte und der damit verbundene gesellschaftliche Wohlstand: «Die Marke Elite-Uni wird internationale Spitzenforscher und mehr Studenten anlocken. Wenn es danach gelingt, möglichst viele dieser dann gut ausgebildeten Nachwuchskräfte durch interessante Jobangebote in Dresden zu halten, könnten dort Innovationen, neue Produkte und Leistungen, entstehen. Das wiederum würde zum Wachstum der Unternehmen führen. Neue Arbeitsplätze würden geschaffen» so der Sprecher IHK in der Sächsischen Zeitung. «Die Exzellenz-Universität ist eine Sache, die sich als gewinnbringend für Dresden erweisen kann» Die Verheißung, mit der Exzellenz begründet wird, orientiert sich an einem gesamtgesellschaftlichen Wohl einer Marktgesellschaft, das als ebenso plausibel wie gerecht präsentiert wird.

Am Diskurs um den Exzellenzstatus der TU Dresden lässt sich exemplarisch die Legitimation von elitärer Wissenschaft aufzeigen, auf denen insbesondere konservative und liberale wissenschaftspolitische Positionen beruhen. Dabei

zeigen sich zugleich die unabweisbaren normativen Lücken, mit der die Rechtfertigung der Exzellenz einhergeht. Die eindimensional marktgesellschaftliche Orientierung schließt andere Bildungsziele und damit verbundene Maßstäbe gesellschaftlichen Wohls systematisch aus. Dabei ist der Kern der Exzellenzargumentation, nach der Spitzenforscher und «High-Potentials» den entscheidenden Beitrag für gesellschaftlichen Fortschritt liefern, ist höchst angreifbar. Diese Exzellenz-Logik ist nur zu durchbrechen, wenn in der gesellschaftlichen Debatte sowohl Nutzen und Funktion der Wissenschaft als auch das Zustan-

dekommen von sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Innovation hinterfragt wird. Erst die Einsicht, dass das komplexe Entstehen wissenschaftlicher Erkenntnisse weniger durch Konkurrenz, sondern vielmehr durch Kooperation geprägt ist, dass Innovationen weniger durch einzelne Genies, als zunehmend durch gut organisierte kollektive Intelligenz möglich werden, wird Alternativen in der Wissenschaftspolitik ermöglichen. Eine solche Perspektive muss freilich mit einer Idee von Gesellschaft einhergehen, die sich jenseits ihrer Reduzierung auf den Markt bewegt.



PHOTO BY SASPOTATO ON FLICKR

Dr. Tobias Peter, Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg und Institut für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftssoziologie sowie Theorien der Wissensgesellschaft.

Was kostet die Welt? - Die Ökonomisierung der Gesellschaft

Öffentliche Vorlesungsreihe im Wintersemester in Dresden

von Ngoc Huyen Vu Thi und Prof. Dr. Mark Arenhövel

Allbekannte und allseits akzeptierte Volksweisheiten wie «Geld regiert die Welt», «Alles ist käuflich» oder «Geld ist Macht» drücken das aus, was schon seit langer Zeit in der Gesellschaft zu beobachten ist: Marktwirtschaftliche Prinzipien und Mechanismen breiten sich immer mehr auf andere Lebensbereiche aus. Im Vordergrund steht ein nicht mehr hinterfragter, rein ökonomisch definierter Nutzen, während grundlegendere Fragen, wie etwa die, wie wir gemeinsam miteinander leben wollen und welchen Wert die Dinge eigentlich haben, die wir produzieren, kaufen und schätzen, kaum noch öffentlich thematisiert werden. Dieses Phänomen trägt den Namen «Ökonomisierung».

Von Oktober 2013 bis Januar 2014 werden sich der Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, das Staatsschauspiel Dresden und Weiterdenken in einer gemeinsamen Vortragsreihe mit diesem Phänomen beschäftigen. In den einzelnen Veranstaltungen wollen wir erkunden, auf welche Lebensbereiche sich diese Tendenz mittlerweile ausgeweitet hat und ob es Kräfte und Bewegungen gibt, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten. Dabei wollen wir uns gesellschaftlichen Aspekten zuwen-

den – wie beispielsweise der Ökonomisierung von Bildung, Demokratie und öffentlichen Gütern –, aber auch einen Blick auf die individuelle Sphäre wie etwa die Modellierung des Körpers, dem Selbst als Ich-AG, Liebe und Gesundheit werfen.

Als Leitmotiv gilt dabei zu befragen, wie tief die marktkonformen Prinzipien in das kollektive und individuelle Denken und Handeln eindringen und welche Auswirkungen sie auf das Individuum, auf demokratische Systeme und öffentliche Institutionen haben.

Die Reihe findet im Kleinen Haus des Staatsschauspiel Dresden statt, ist kostenlos und öffentlich, Studierende können Credits erwerben. Informationen und Details finden sich ab Juni 2013 auf www.weiterdenken.de. Dort finden sich auch die Dokumentationen zu den bisherigen vier gemeinsamen Vorlesungsreihen zwischen Theater, Stiftung und Uni: «Kapitalismus heute - und morgen?» (2010/11), «GERECHT.» (2011), «Alle inklusive? Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft» (2012) und «Open-Up! - Politisch kommunizieren zwischen Talkshow, Tweet und Theater» (2012/13).



FOTO: NGOC HUYEN VU THI
FOTO: ZERKING (INDAFOTO.HU)



Ungarn in der Nußschale - Eine Demokratie auf Abwegen

Viktor Bacskai organisiert als studentischer Mitarbeiter gemeinsam mit dem Team von Weiterdenken eine Bildungsreise nach Budapest im Sommer 2013.

Viktor, wie bist Du zu dieser Arbeit gekommen?

Die politische Situation in Ungarn ist seit Jahren sehr angespannt. Das bewegt mich aufgrund meiner ungarischen Abstammung umso mehr. Durch meine Studium und die Städtepartnerschaft der Dresdner Grünen und der LMP im Budapester Stadtrat bin ich mit Weiterdenken in Kontakt gekommen und habe sofort zugesagt.

Was erwartest Du von der Reise?

Ich hoffe auf viele politisch interessierte Mitreisende, die sich vor Ort ein Bild machen wollen. Im Mittelpunkt der Reise stehen politische und zivilgesellschaftliche Fragen, entsprechend haben wir auch unsere Gesprächspartner_innen ausgesucht. Für die Teilnehmenden ist es im Übrigen auch eine gute Gelegenheit, sich zu vernetzen und die Kontakte nach der Reise zu nutzen, um mit ungarischen Partner_innen eigene Projekte zu entwickeln. Deutschland ist für Ungarn nach wie vor eines der wichtigsten Partnerländer. Ich hoffe, dass

diese Tendenz auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene gestärkt werden kann.

Was steht auf dem Programm?

In den fünf Tagen werden wir uns jeden Tag mit Personen aus Kultur und Kunst, Medien, Hochschulen, Stiftungen, Parteien, Think Tanks, Religionsgemeinschaften an verschiedenen Orten in Budapest treffen, um mit ihnen einzelne Aspekte zu diskutieren. Außerdem machen wir einen Ausflug nach Miskolc, um auch die Verhältnisse in einer mittleren Stadt kennenzulernen.

Wirst Du selber mitreisen?

Natürlich! Ich bin selber sehr gespannt auf unsere ungarischen Gesprächspartner_innen. Manche von ihnen kenne ich schon lange und freue mich sehr, sie endlich auch persönlich kennenzulernen.

Wann geht's los?

Die Bildungsreise «Ungarn in der Nußschale – Eine Demokratie auf Abwegen» startet am Abend des 14. Juli 2013. Am 20. Juli erreichen wir früh am Morgen wieder Dresden. Anmeldefrist ist der 30. April. Weitere Informationen unter www.weiterdenken.de

SächsHSFG

Die Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Student_innenschaft räumt das sogenannte Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz, kurz SächsHSFG, § 24 ein. Absatz 1 dieses Paragraphen zur „Rechtsstellung, Aufgaben und Mitwirkung der Studentenschaft“ lautet: «Die Studentenschaft besteht aus den Studenten der Hochschule. Sie ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule und hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. Studenten können ihren Austritt aus der verfassten Studentenschaft erstmals nach Ablauf eines Semesters erklären. Ein Wiedereintritt ist möglich. Der Austritt aus der Studentenschaft und der Wiedereintritt sind schriftlich mit der Rückmeldung zu erklären.»

Neben dieser Austrittsmöglichkeit wurden weitere Änderungen eingeführt, u.a. die Erhebung von Studiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit von mehr als vier Semestern und der erleichterte Studienbeginn für Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Der Sächsische Landtag hatte am 18. November 2012 die Neufassung des Gesetzes mit der schwarz-gelben Mehrheit beschlossen.

Jede_r kämpft für sich allein?

Die Novellierung des Hochschulgesetzes von 2012 sorgt an Sachsens Universitäten für Furore

Neben Langzeitstudiengebühren und der Abschaffung von Freiversuchen regelt das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz nun auch die Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Student_innenschaft.

Am 18. November 2012 trat das novellierte sächsische Hochschulgesetz in Kraft – und stieß nicht nur bei studentischen Vertreter_innen auf massiven Widerstand. Kritisiert wird vor allem, dass jede_r Student_in fortan aus der verfassten Student_innenschaft, also dem gesetzlich geregelten Zusammenschluss aller Student_innen einer Hochschule, austreten kann.

Im Sächsischen Landtag hatten sich CDU und FDP im vergangenen Herbst bei der Abstimmung über die Reform durchgesetzt. Geert Mackenroth, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, verteidigt die Gesetzesnovelle: «Die Neuregelung richtet sich nicht gegen die Gremien der Studentenschaft oder ihre Tätigkeit. Wenn die Studentenräte ihre wichtige Arbeit transparent gegenüber den Studierenden darstellen, wird kaum jemand austreten». Die Opposition hingegen sieht durch das Gesetz die Hochschuldemokratie gefährdet: «Der durchsichtige Versuch,

durch die Aushöhlung der verfassten Studentenschaft die Studierendenvertretungen zu schwächen, ist schädlich für die gesamte Hochschulentwicklung», erläutert Karl-Heinz Gerstenberg, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. «Die Dienstleistungen und Beratungen der Fachschafts- und Studierendenräte sind unverzichtbar für ein qualitätsvolles Studium, brauchen aber auch finanzielle Planungssicherheit». Kritiker_innen sehen eben diese Sicherheit durch den möglichen Austritt bedroht – die studentischen Vertretungen würden dadurch einen Legitimationsverlust erleiden. «Der mögliche Austritt degradiert die selbstverständliche Organisation aller Studierenden zu einem Verein, bei dem man Mitglied ist oder nicht», erklärt Burkhard Naumann. Der 25-Jährige studiert Mathematik und Physik auf Lehramt an der TU Dresden und ist Bundessprecher der Bildungsgewerkschaft Junge GEW. Er findet, dass zunehmend wirtschaft-

liches anstelle geistigen Wachstums Ziel der Hochschulen sei: «Die wachsende Hochschulautonomie führt zusammen mit der seit 2009 gestärkten Personalautonomie, geschwächten Senaten und gestärkten Rektoraten zum Abbau der Demokratie». Bereits 2009 war das Hochschulgesetz überarbeitet worden – seitdem haben sogenannte Hochschulräte die Funktion als Beratungs- und Kontrollorgan inne.

Auch Bernd Hahn, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS), ist mit dieser Machtverteilung unzufrieden: «Nahezu alle wichtigen Entscheidungen werden nun durch das Rektorat oder den Hochschulrat getroffen». Damit sich die studentischen Gremien weiterhin behaupten können, fordert Hahn Investitionen in Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Denn vielen Student_innen seien Tragweite und Vielfalt der Vertretungen nicht bewusst: «Kostenlose Beratungsangebote werden oft erst wahrgenommen, wenn

bereits ein Problem besteht». Sichtbar werde dies schon bei den Diskussionen um das sachsenweite Semesterticket. Ob es das Ticket in seiner jetzigen Form im Wintersemester 2013/14 in Dresden oder Chemnitz weiterhin geben wird, ist unklar. Denn diejenigen, die auf das Ticket nicht angewiesen sind, könnten aus der verfassten Student_innenschaft austreten und den Beitrag für das Ticket sparen. Dieser Beitrag muss aber von einer ausreichenden Menge gezahlt werden, damit das Semesterticket finanziert werden kann und erschwinglich bleibt.

Christine Reifing studiert im sechsten Fachsemester Deutsch und Geschichte auf Lehramt an der TU Dresden. Seit April 2012 ist sie stellvertretende Chefredakteurin der im Semester wöchentlich erscheinenden Hochschulzeitung «ad rem» (www.ad-rem.de).

Auf verlorenem Posten?

Zum Zustand der (kritischen) Politikwissenschaft in Leipzig und andernorts

Ein Kommentar von Stefan Kausch

Die Krise der Politikwissenschaft (Powi) in Leipzig ist zugleich eine Krise der kritischen Geistes- und Sozialwissenschaften im Allgemeinen. Zuspitzt gefragt: Wozu brauchen wir Powi? Um besser regieren zu können? Um Menschen besser zu disziplinieren? Um ihnen Handlungsweisungen zu geben, bessere «Unternehmende ihrer selbst» zu sein? Oder, nicht weniger normativ gesprochen, um zu fragen: Wie funktionieren die Macht- und Herrschaftsmechanismen im Kleinen wie im Großen? Wo und wie werden wir regiert und auf wessen Kosten? Wo liegen Alternativen zwischen Freiheit und Emanzipation? Was heißt Demokratie im 21. Jahrhundert? Was sind die politischen Rationalitäten und großen Erzählungen unserer Zeit und welche Geschichte tragen sie in sich? Woher kommen Diskriminierungen, Ideologien der Ungleichwertig-

keit, Neonazismus? Wie entsteht soziale Ungleichheit? Kurzum: Powi kann und sollte meiner Meinung nach Analyse und Kritikwissenschaft im besten Sinne sein: Weniger Staatswissenschaft, mehr kapitalismus- und staatskritische Wissenschaft «gegen den Strich». Die Powi in Leipzig war vor Jahren zu großen Teilen von diesem Geist beseelt. Ich selbst studierte dort viele Jahre. Unterschiedlichste Perspektiven auf internationale Beziehungen und Theorien, Parteien- und Politikgeschichte und Politische Theorie umfasste das Studium damals, und war darüber hinaus auch von Initiativen, Lesekreisen und Kolloquien geprägt. Ein großer Raum für Kritik und offene intellektuelle Vergemeinschaftung. Nicht zuletzt aus dieser Kultur entstand der Engagierte Wissenschaft e.V.. Seine Forderung «Raus aus dem Elfenbeinturm!» und sein Angebot «An invitation

to develop and engage in a form of social Science informed by active participation in political Action producing, using, and living different forms of critical Theory» könnten Impulse für die Kämpfe um kritische(re) Sozialwissenschaften im Allgemeinen sowie die Powi in Leipzig im Besonderen geben. Doch die Leipziger Powi ist heute ein Schatten ihrer selbst, intern zerstritten zwischen theoriepolitischen Positionierungen und persönlichen Befindlichkeiten und von anderen Institutionen bekämpft und ignoriert. Seit Jahren befindet sie sich gefühlt kurz vor der Auflösung. Was tun? An anderen Instituten studieren, um andere Institute und ihre Ausrichtungen weiter kämpfen (z. B. Kassel und Wien) oder über die Disziplinen hinaus gedacht Soziologie in Jena oder Humangeographie in Frankfurt/Main studieren? Analyse- und kritikdurstige Menschen

finden dort weiterhin Räume der Kritik – aber auch diese müssen stetig neu verteidigt und ausgebaut werden. Viele Forschungen in Leipzig, die als Kontrastfolie dienen könnten, besitzen leider das Kritik- geschweige denn Utopiepotential eines ausgetretenen Badvorlegers. Und die Personen, die noch kritisch sind, bekommen keine Gelder oder sind zerstritten – kurzum: Die Powi scheint in doppelter Hinsicht auf verlorenem Posten.

Stefan Kausch, Dipl.-Pol. und MA Kulturen des Kuratorischen. Promoviert zu «Modernen Staatlichkeiten». Arbeitet halbtags als wiss. Mitarbeiter bei einem MdL. Betätigt sich ansonsten in drei Arbeitsschwerpunkten: Politische Bildungsarbeit, Engagierte Wissenschaft (im gleichnamigen Verein) und Kritisches Kuratieren. Diese drei Schwerpunkte sind Schnittpunkt und Plattformen zur Diskussion gesellschaftlicher Konflikte und der Aushandlung alternativer Denk- und Handlungsweisen.

Politikwissenschaft in Leipzig

Die Struktur des Instituts basiert aktuell noch auf fünf Professuren: Politische Theorie und Ideengeschichte, Internationale Beziehungen, Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Politik in Europa, Internationale Politik, sowie Ethik, Politik, Rhetorik. Davon sind drei Professuren de facto nicht bzw. durch Vertretungen nur übergangsweise besetzt. Zur Zeit der Institutsgründung 1993 waren noch sechs Professuren vorhanden, eine wurde bereits im Rahmen der allgemeinen Kürzungen der Sächsischen Staatsregierung gestrichen. Die Professur Ethik, Politik und Rhetorik soll ebenfalls wieder gestrichen werden. Der Mittelbau war und ist extrem schwach besetzt. Ein schwacher Trost sind unbefristete Verträge für einige wenige Mitarbeiter_innen. Fazit: Ohne die die Funktion der Lehramtsausbildung für zukünftige Gemeinschaftskundelehrer_innen, die eine politikwissenschaftliche Qualifikation benötigen, wäre das Institut vielleicht schon abgewickelt worden. Gerüchte dazu gab es immer wieder. (StK)

Literaturhinweis: Dieter Koop, Politikwissenschaft, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009. Band 4 / 1. Halbband, Leipziger Universitätsverlag 2009: S. 826-45.



Köpfe? Köpfe!

Sudierende arbeiten hochschulübergreifend zusammen

Im Projekt «Politische Köpfe» arbeiten Studierende und Mitarbeitende der HfBK Dresden (Abteilung Theaterplastik) und der TU Dresden (Institut für Politikwissenschaft) gemeinsam an der Konzeption und Gestaltung von möglichst anschaulichen Portraits politischer Denker. Die Studierenden und Mitarbeitenden des Instituts für Politikwissenschaft entwickeln zunächst möglichst plastische Erzählungen über verschiedene politische Denkerinnen und Denker und versuchen einen angemessenen und trotz allem kompakten Überblick über deren Denken und Schaffen zu vermitteln. Auf dieser Grundlage und mit dieser Hilfe sind die Studierenden der HfBK gehalten, diese Informationen in plastischen Büsten konkret werden zu lassen.

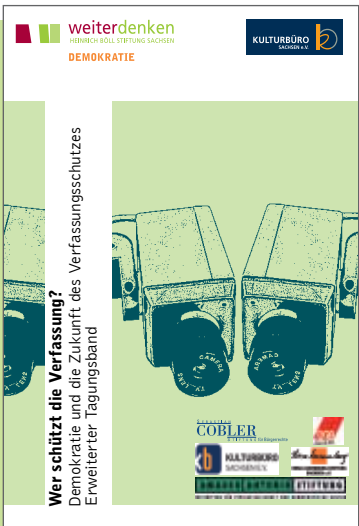
Im Winter 2011/12 wurden auf dieser Grundlage Thomas Hobbes, Hannah Arendt, Richard Rorty, John Dewey, John Rawls, Jürgen Habermas und Immanuel Kant porträtiert. Am 19. April 2012 wurden die Köpfe im Politikwissenschaftlichen Institut der TU Dresden erstmalig öffentlich präsentiert und sind immer wieder Anlass zu angeregten politischen Diskussionen auf Fluren und in Veranstaltungen.

2012/13 wurde diese Zusammenarbeit der beiden Hochschulen und Weiterdenken fortgesetzt. Diesmal sind Nicolás Machiavelli, Martha Nussbaum, Elinor Ostrom, Michel Foucault, Theodor W. Adorno und Aristoteles «in Arbeit» und werden ab Mai 2013 im Politikwissenschaftlichen Institut zu sehen sein.



FOTOS: STEFAN SCHÖNFELDER

Seit 2010 diskutiert Weiterdenken gemeinsam mit Kooperationspartnern auf jährlichen Tagungen grundsätzliche Fragen zur demokratischen Kultur insbesondere in Sachsen. Die Tagungen vereinen jeweils Expert_innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Vereinen und Initiativen. Die Tagungen werden dokumentiert und die Bände sind auf der Homepage von weiterdenken abrufbar.



2013: Wer schützt die Verfassung? Demokratie und die Zukunft des Verfassungsschutzes

Ausgehend von einer Beschäftigung mit Aufgaben, Strukturen, Erfolgen und offensichtlichen Misserfolgen des Verfassungsschutzes aus bundesdeutscher und sächsischer Perspektive wurden auch die Bildungsarbeit und die parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschutzämter beleuchtet und die ersten Zwischenergebnisse der parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse diskutiert. Dabei werden Demokratieverständnis und Extremismus-Ansatz ins Verhältnis zur Rolle des Verfassungsschutzes gesetzt.



2012: «Sachsens Demokratie»? Demokratische Kultur und Erinnerung, Medienlandschaft und Überwachungs politik in Sachsen

Mit «Sächsischer Demokratie» wurden vor allem die repressiven Maßnahmen der sächsischen Sicherheitsbehörden im Zuge der Demonstrationen gegen Naziaufmärsche in Dresden, ihre Ermittlungsarbeit, aber auch die Reaktionen von Politiker_innen der sächsischen Regierungsfraktion bezeichnet. Wir haben uns gefragt, ob es eine spezielle sächsische Demokratie gibt und worin sie besteht.

Bunt, flexibel, leicht - Neue Solarzellen-Technologien an der TU Dresden

Die Photovoltaik ist eine Schlüsseltechnologie für eine nachhaltige Energieversorgung. In Dresden forscht Johannes Widmer als Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung an einer Solarzellen-Technologie, die unsere Wahrnehmung von Photovoltaik schon bald verändern könnte. Wie bunte Folien Sonnenenergie in unser Leben bringen, beschreibt er in diesem Bericht.

von Johannes Widmer

Die Vision einer Versorgung aus erneuerbaren Energien fasziniert mich seit Jahren. Nun habe ich die Möglichkeit, im Rahmen meiner Promotion in einem besonders zukunftsweisenden Bereich der Solar-Energie zu forschen. Seit 2011 bin ich Promotionsstipendiat am Institut für Angewandte Photophysik bei Prof. Karl Leo und forsche zu organischen Solarzellen. Organische Solarzellen können als farbige Solarfolien hergestellt werden. Sie sind leicht, biegsam und benötigen nur sehr wenig Material für die Herstellung. Damit werden Anwendungen möglich, bei denen wir bisher gar nicht an Photovoltaik gedacht haben. Solarzellen können zu einem selbstverständlichen Teil unseres täglichen Lebens werden: Nicht nur als ein notwendiger Baustein für die Energieerzeugung, sondern auch mit neuen Gestaltungsmöglichkeiten für Architekt_innen und Designer_innen. So können z. B. flexible organische Solarzellen für mobile Elektronik in Outdoor-Anwendungen und farbige oder transparente Solarfolien in Gebäudefassaden genutzt werden. Den neuen Solarzellen liegt die organische Chemie zugrunde, also Materialien, die unter anderem aus Kohlenstoff aufgebaut sind. Organische Farbstoffe

können Sonnenlicht sehr effizient absorbieren. Wir kombinieren jeweils zwei herkömmliche – oder auch neu entwickelte – intensive Farbstoffe gezielt in dünnen Schichten. So kann das eingefangene Licht in elektrischen Strom umgewandelt werden: Der eine Farbstoff wird zum Pluspol und der andere zum Minuspol der Solarzelle. Derzeit sind organische Solarzellen noch nicht allgemein erhältlich, aber ihre Markteinführung wird in naher Zukunft erwartet. In meiner Promotion setze ich mich damit auseinander, wie die eingesetzten organischen Materialien Strom leiten und welche Energien einzelne Ladungsträger dabei besitzen. Außerdem interessiert mich, wie die neue Technik auf Temperaturschwankungen reagiert: sie kann nämlich besonders damit punkten, dass sie auch mit erhöhten Temperaturen gut zurechtkommt. Wie dynamisch die derzeitige Entwicklung auf dem Feld der

organischen Photovoltaik ist, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass ständig neue Weltrekorde mit deutlichen Effizienzsteigerungen erzielt werden.¹ Das Stipendien-Programm der Heinrich-Böll-Stiftung befördert dabei eine produktive Auseinandersetzung mit meinem Thema. Die Angebote des Studienwerks geben mir neue Impulse, mein Forschungsfeld auch unter gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen zu diskutieren und mich mit ganz anderen Themen auseinanderzusetzen. Ich finde, in der Heinrich-Böll-Stiftung wird weit über die aktuellen technischen Fragestellungen hinaus über Zukunftsthemen nachgedacht und der Blick für vielfältige Sichtweisen geweitet, die wichtig und wertvoll für unsere Gesellschaft sind.

¹ Der derzeitige Weltrekord liegt bei einem Wirkungsgrad von 12%, für ständig aktualisierte Werte siehe www.world.de/?Record_Charts

Johannes Widmer, 31, ist in Villingen-Schwenningen aufgewachsen und zur Schule gegangen. Er hat seinen Zivildienst an der Akademie für Natur- und Umweltschutz in Stuttgart geleistet. Anschließend studierte er Physik an der Technischen Universität Dresden und am Vellore Institute of Technology in Indien. Derzeit promoviert er am Institut für Angewandte Photophysik der TU Dresden und hält Schulungen und Vorträge über organische Elektronik. In seiner Freizeit macht er gerne Musik, zum Beispiel im Chor oder mit seiner Band.

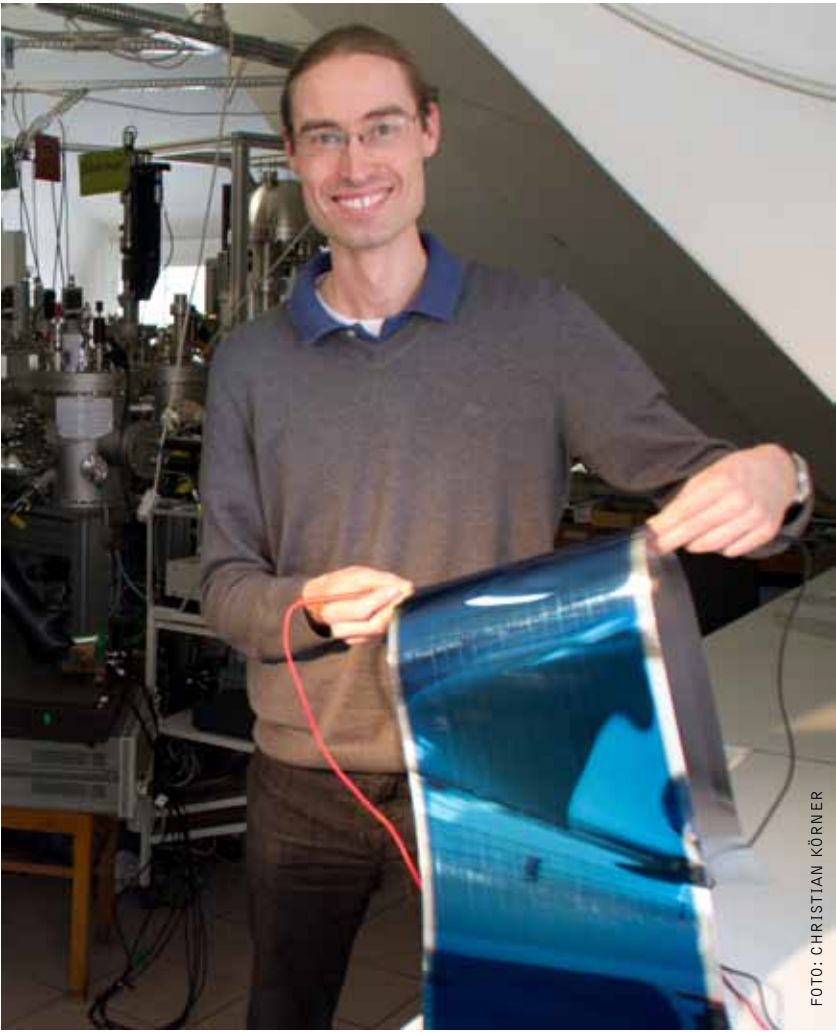


FOTO: CHRISTIAN KÖRNER

Johannes Widmer am Institut für Angewandte Photophysik mit einer blauen Solarfolie der Firma Heliatek. Die Technologie für solche organischen Solarzellen wird unter anderem in diesem Labor an der TU Dresden entwickelt.

Weiterführende Informationen:
Promotions- und Studienförderung der Heinrich-Böll-Stiftung:
www.boell.de/stipendien
Institut für Angewandte Photophysik: www.iapp.de
Einführung in die organische Elektronik:
www.oes-net.de/de/organische-elektronik.html

Der stete Tropfen höhlt den Stein?

Geschlechterforschung in Sachsen

Gegenwärtig findet man in der Bundesrepublik 122 besetzte Professuren für Gender Studies, dazu Zentren und Koordinationsstellen, eigenständige Studiengänge, interdisziplinäre zertifizierte Studienschwerpunkte und Graduiertenkollegs im Bereich der Geschlechterforschung. Mit Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge erfuhr dieser Forschungsbereich an deutschen Universitäten jedoch vielfach Kürzungen oder gar die Abschaffung – obwohl seit

Entscheidungssträger/-innen? Ein Blick auf die sächsische Hochschullandschaft erhält die Vermutung, dass größtenteils andere Maßstäbe gesetzt wurden und werden. Natürlich sind allorts Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie umfassende Maßnahmenkataloge zum Gender Mainstreaming vorhanden. Jedoch verfügen nur wenige Hochschulen über akademische Forschung und Lehre, die dann in der Mehrheit an Drittmittelprojekte oder einzelne

Dieses bietet mit einer Vorlesung und einem Seminar Überblicke und Vertiefungen der interdisziplinären Geschlechterforschung. Daneben wird an der Hochschule Mittweida Genderforschung im sozialwissenschaftlichen Bereich ausgebaut, besetzt und eine aktive Forschung und Lehre betrieben. Auch die Technische Universität Dresden verfügt über divers aufgestellte wissenschaftliche Aktivitäten und Lehrveranstaltungen, die zudem durch eine Koordinationsstelle

von Britta Borrego



FOTO: JIMMY JACK KANE

Beginn der Institutionalisierung dieses Bereichs an deutschen Universitäten nur knapp 15 Jahre vergangen sind. Im selben Zuge wird vermutet, dass diese Abwertung mitunter an der fehlenden Spezialisierung des Faches läge, denn die Geschlechterforschung(en) arbeiten sich z.T. immer noch an der Verankerung und Wirkmacht epistemologischer Machtstrukturen des jeweiligen Fachbereiches ab.

Haben wir den Anschluss verpasst?

Angesichts des starken Verteilungsfalles der Geschlechterforschung in den neuen Bundesländern, wo sich nur sechs Professuren außerhalb Berlins finden, in der Hauptstadt aber ganze 32, muss man fragen: Haben wir den Anschluss verpasst? Wo lagen damals und liegen heute hochschulpolitisch die Prioritäten der Akteur/-innen und

Wissenschaftler/-innen gebunden sind oder nur befristet stattfinden. So wurden an der Technischen Universität Chemnitz eine Ringvorlesung und institutsgebundene Lehrveranstaltungen durchgeführt, und dies soll eigenen Aussagen zu Folge innerhalb der Selbstverpflichtung zur Umsetzung der forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG ausgebaut werden. Eine Weiterentwicklung der hauseigenen Geschlechterforschung strebt auch die Universität Leipzig an. Beide Universitäten versäumen es jedoch, vorhandene Projekte und ihre Protagonist/-innen umfassend sichtbar zu machen. Dazu gehören z.B. Wissenschaftler/-innen der Universität Leipzig, die neben ihrer eigenen Lehre das Schlüsselqualifikationsmodul Genderkompetenzen gestalten, das regelmäßig vom Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung organisiert wird.

der universitätseigenen Geschlechterforschung gebündelt und präsentiert werden. Insgesamt ist jedoch unübersehbar, dass keine sächsische Hochschule Gender Studies als zentrale Lehrereinheit anbietet. Damit bleiben wir in Sachsen im bundesweiten Vergleich auf halbem Weg stehen und auf die Initiative Einzelner angewiesen. Es bedarf jedoch gebündelter Aufmerksamkeit, Resonanz und Mittel, um dem Bedarf und dem Interesse von Studierenden und Wissenschaftler/-innen gerecht zu werden, sie am Standort zu halten, sowie dem Forschungsbereich, seinem Gegenstand und seiner Relevanz im Zuge der allgemeinen Kürzungen gerecht zu werden.

Britta Borrego, M.A., ist ehrenamtliche Mitarbeiterin im 2001 gegründeten Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (FraGes) der Universität Leipzig.

Sommerschule Geschlechterdemokratie

von Julia Boes und Kathrin Bastet

Gender Studies in Sachsen? Fehlanzeige! Bei der Beschäftigung mit Geschlechterfragen hinken Sachsens Hochschulen im bundesweiten Vergleich hinterher. Aber nicht nur in der Wissenschaft gibt es Leerstellen und Diskussionsbedarf: die aktuelle Sexismus-Debatte, die anti-feministischen Ausfälle mancher Männerrechtler-Gruppierungen oder die politischen Auseinandersetzungen um Gleichberechtigung in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik zeigen, wie wichtig die entsprechende gesellschaftliche Debatte ist. Daher wird sich die diesjährige Sommerschule von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen mit dem Thema «Geschlechterdemokratie» beschäftigen. Vom 5. - 8. September 2013 werden wir ausgewählte Baustellen rund um die Gleichstellung der Geschlechter untersuchen. Ziel ist es, sich an vier Tagen in anregender Atmosphäre intensiv mit spannenden Expert_innen und versierten Praktiker_innen auszutauschen und dabei neue Einsichten und Perspektiven für eigene Projekte zu gewinnen. Die Teilnehmenden werden in Workshops, Interviews, Exkursionen und Diskussionen in Kontakt mit Kulturschaffenden und ihrer Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen kommen, mit lokalen und europäischen Politiker_innen und Aktivist_innen diskutieren sowie die aktuelle wissenschaftliche Forschung im Bereich Gender Studies kennenlernen. Zusammen wollen wir den Blick auf lokale, nationale und internationale Bestrebungen zur Gleich-

stellung der Geschlechter richten. Bestenfalls entsteht so ein kleines kraftvolles Netzwerk, das sich über die Sommerschule hinaus für mehr Geschlechterdemokratie einsetzt. Das Angebot richtet sich an alle Interessierten, besonders aber an Studierende, junge Wissenschaftler_innen und Menschen, die sich beruflich oder privat im Gleichstellungsbereich engagieren oder dies vorhaben.

Die Sommerschule findet im Umweltzentrum Dresden statt. Weitere Informationen zu Programm und Anmeldung finden sich auf www.weiterdenken.de.

Publikation



2011: Die Tagung «Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie» konnte die 2010 aufgeworfenen Frage «Gibt es Extremismus?» vertiefen, erweitern und aktualisieren. Die Extremismusformel soll die bestehende politische Ordnung stabilisieren und konservieren. Demnach ist die Auseinandersetzung mit der Extremismusformel auch immer eine, die das Verhältnis von Ordnung und Demokratie betrifft: Welche Ordnung schafft Demokratie, welche Ordnung braucht Demokratie?



Im Januar 2010 veranstaltete Weiterdenken in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e.V., dem Forum Kritische Rechtsextremismusforschung und dem Referat für Politische Bildung des Studierendenrates der TU Dresden die Tagung «Gibt es Extremismus? - Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen». Die titelgebende Frage «Gibt es Extremismus?» war und ist eine Provokation. Der Begriff ist allgegenwärtig und die Diskussionen um seine Sinnhaftigkeit sind



virulent. Sowohl im politischen Raum, wie auch in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im privaten Gespräch entfaltet er seine Wirkmächtigkeit. Beispiele dafür sind die Intensität der Diskussionen über Extremismusklauseln in Förderbescheiden oder die Kontroversen über die Aktionsformen des Widerstandes gegen Europas größten Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden. Der Begriff «Extremismus» ist aus unserer Sicht für eine wirksame Arbeit für demokratische Kultur in Sachsen hinderlich und als theoretischer Ansatz unzureichend.

Publikation



Leitbild Schweiz oder Kasachstan?
Perspektiven für Sachsens Landwirtschaft
Denkschrift von Michael Beleites.
100 Seiten, 8 Euro
Bezug über
AbL Bauernblatt Verlags GmbH
www.bauernstimme.de

Auch grüne Wege führen nach Rom

von Anna Hupel

Vor fünf Jahren hat mein studentisches Leben an der TU Chemnitz mit dem Bachelor in «Europa-Studien» begonnen. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, dass ich irgendwann ein kleiner Teil des Parlamentswahlkampfes in Italien sein würde, dann hätte ich wohl sehr ungläubig reagiert, vielleicht so ungläubig wie eine ältere Dame neulich im italienischen Fernsehen: Auf die Frage hin, was sie vom Rücktritt des Papstes halte, erwiderte sie: «Entschuldigung, aber das glaube ich nicht!» Doch es führen viele Wege nach Rom, und so auch meiner: Mein Studium in Chemnitz hat durch seine Ausrichtung auf Mittel- und Osteuropa und das obligatorische Tschechisch-Lernen mein Reisefieber für diese Regionen geweckt. Neben dem Studium habe ich ehrenamtlich in der (Europa-)politischen Jugendbildung gearbeitet. Diese Erfahrungen konnte ich nach Abschluss des Studiums während meines FSJs Politik bei Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen einbringen

und auf den Bereich der politischen Erwachsenenbildung sowie auf Projekte im sächsisch-tschechischen Grenzraum erweitern. Meine grüne Odyssee führte mich anschließend nach Sachsen-Anhalt. Vor eineinhalb Jahren habe ich den deutsch-italienischen Doppelmasterstudiengang «Europäische Integration und regionale Entwicklung» an der MLU Halle-Wittenberg begonnen. Um politisches Geschehen aus erster Hand zu erleben, habe ich mich auch für ein Praktikum in der Landesgeschäftsstelle der Grünen in Sachsen-Anhalt entschieden. Seit September 2012 lebe ich jetzt in Italien und absolviere mein zweites Masterjahr an der Katholischen Universität Mailand. Ich habe einen Ausflug in die politische Praxis bei den Südtiroler Grünen gewagt und landete unerwarteter Weise mitten im Parlamentswahlkampf. Resultat? Ein Abgeordneter für Rom und eine Anna soddissatta, die ihren Weg nun von Mailand aus fortsetzen wird.



FOTO: ANNA HUPEL

Galleria Vittorio Emanuele II, Mailand: Man trete dem Stier unter der zentralen Glaskuppel der Galleria 'wohin' (eine Kuhle ist mittlerweile vorgeformt) und drehe sich wild im Kreis, es folgen wahlweise Potenz oder Glück.

FSJ bei Weiterdenken

Weiterdenken ist seit 2009 Einsatzstelle für das Freiwillige Soziale Jahr (Politik). Jeweils für 12 Monate von September bis August bietet es Einblicke in die politische Bildung von der Idee über die Planung und Organisation bis zur Dokumentation und Abrechnung. In der grünnahen Stiftung bekommt man dabei Kontakt mit den verschiedenen politischen Themen, Vereinen, Initiativen und PolitikerInnen und kann die ideellen Ziele genauso wie das Handwerkszeug unserer Arbeit kennenlernen. Im Freiwilligen Jahr kann und soll auch ein eigenes Projekt entwickelt und betreut werden. Dies kann der politischen wie auch der beruflichen Orientierung dienen. Weitere Informationen zu den Bedingungen und Bewerbungsformalia gibt es hier: www.saechische-jugendstiftung.de/fsj_politik.asp. Besonders freuen wir uns über Interessierte mit einem eigenen thematischen Schwerpunkt sowie Menschen mit einem ersten Studienabschluss.



FOTO: GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE LEIPZIG

Veggie day an der Uni Leipzig

von Silvia Kunz für die Grüne Hochschulgruppe Leipzig

Fleisch-Essen ist umweltschädlich, unsozial und ungesund. Aber was geht das eigentlich die Politik an? Dieser Frage sind wir – die Grüne Hochschulgruppe Leipzig – nachgegangen und haben eine Veranstaltung unter dem Motto ‚Veggie day – Notwendiger Sinneswandel oder Ökodiktatur?‘ organisiert. Eine Berufspolitikerin (Renate Künast), ein Nachhaltigkeitsforscher (Felix Ekardt), ein Landwirt (Bernhard Probst) und eine Vertreterin des Studierendenwerkes (Angela Hölzel) diskutierten über politische Handlungsspielräume beim Thema Ernährung, zusammen mit über einhundert Gästen. Eine Möglichkeit, den Fleischkonsum zu reduzieren,

ist der ‚Vegetarische Donnerstag‘, der in einigen Städten wöchentlich stattfindet. Auch in der Leipziger Unimensa gibt es zweimal im Semester nur Vegetarisches. Aber ist der Veggie day mit einem freizeitheligen Grundgedanken vereinbar? Warum ist Fleisch eigentlich so billig? Und warum achten wir nur wenig auf gutes Essen in öffentlichen Kantinen? Diese und weitere Fragen wurden kontrovers diskutiert. Am Ende waren sich zumindest bei diesen Forderungen alle einig: Mindestlohn, Mindeststandards bei der Tierhaltung und mehr Geld für öffentliche Mensen und Kantinen sind Schritte hin zu einem bewussteren Fleischkonsum.

Effizient, kostenwahr und sozial gerecht

Dresdner Graduiertenkolleg forscht für eine andere Mobilität

von Julia Gerlach

Im Graduiertenkolleg «DIKE - Kostenwahrheit im Verkehr» arbeiten junge Wissenschaftler_innen der TU Desden interdisziplinär zusammen. Die Heinrich Böll Stiftung unterstützt drei Mitglieder mit Promotionsstipendien. Eines davon erhält Julia Gerlach, die hier Ziele und Arbeit des Kollegs näher vorstellt.

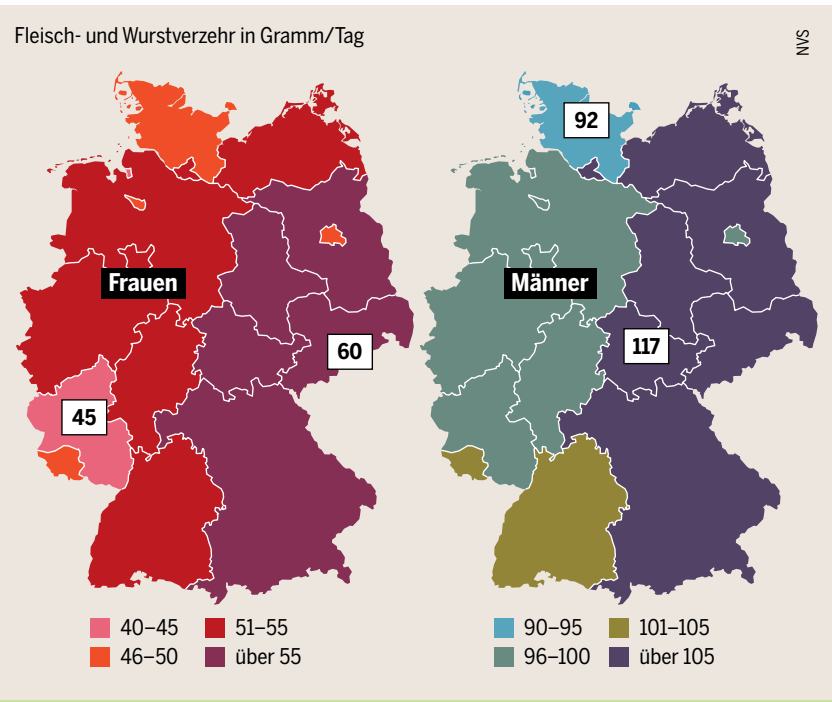
«Autofahren ist teuer - nicht nur für die Fahrer selbst» - so formulierte es kürzlich die Onlineausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dass dies nicht so bleibt, ist ein Ziel unseres Graduiertenkollegs DIKE. Dabei kämpfen wir nicht für eine stärkere Subventionierung des Autoverkehrs, sondern wollen mit unseren Arbeiten einen Beitrag für eine effiziente, sozial gerechte und kostenwahre Mobilität leisten. Am Ende kann dies sogar billiger sein - nicht nur für die Fahrer_innen, sondern für die ganze Gesellschaft. Zusammen mit Thilo Becker erforsche ich vor allem die gesellschaftlichen, also die nicht durch die Verkehrsteilnehmer_innen getragenen Folgekosten des

Verkehrs. Diese so genannten externen Kosten umfassen beispielsweise medizinische Ausgaben für lärm- oder luftverschmutzungsbedingte Erkrankungen oder die Kosten des Klimawandels. Anhand einer Berliner Fallstudie konnten wir zeigen, dass diese externen Kosten innerhalb der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Ärmere Bevölkerungsschichten sind stärker von Verkehrslärm betroffen als reichere. Maßnahmen zur Verringerung der externen Kosten können damit auch einen Beitrag zur Sozialpolitik leisten. Eine stärkere «Bepreisung» des Verkehrs, z. B. durch eine Pkw-Maut, wird in der Öffentlichkeit heiß diskutiert. Ziel solcher Preismaßnahmen ist unter anderem, dass die verursachten externen Kosten den Verkehrsteilnehmer_innen angelastet werden. Diese würden dadurch den «wahren» Preis ihres Verkehrsverhaltens kennen und bei ihren Mobilitätsentscheidungen berücksichtigen. Meine Kolleginnen Angela Francke, Denise Kaniok und Christiane Kramer beschäftigen sich mit genau solchen Preismaßnahmen. Angela Francke erforscht

u.a. wie ein städtisches Maut-System aussehen muss, damit möglichst viele Nutzer_innengruppen seine Funktionsweise verstehen. Christiane Kramer untersucht hingegen, welche Faktoren die Akzeptanz von Preismaßnahmen bestimmen. Und Denise Kaniok ermittelt in Experimenten, ob Versuchsteilnehmer_innen identische Maut-Systeme unterschiedlich bewerten, wenn diese mit unterschiedlicher Wortwahl präsentiert werden. Unsere Ergebnisse werden wir bei der großen Abschlussveranstaltung des Kollegs in Berlin vorstellen - Interessierte können sich bereits den 14.11.2013 vornehmen, Details werden im Vorfeld auf der Internetseite des Kollegs www.tu-dresden.de/vkw/dike veröffentlicht..

Julia Gerlach studierte Wirtschaftsingenieurwesen und promoviert nun im Graduiertenkolleg DIKE. Für das Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung bewarb sie sich, um frei von Projektzwängen zum Thema ihrer Wahl forschen zu können.

Essverhalten nach Bundesländern

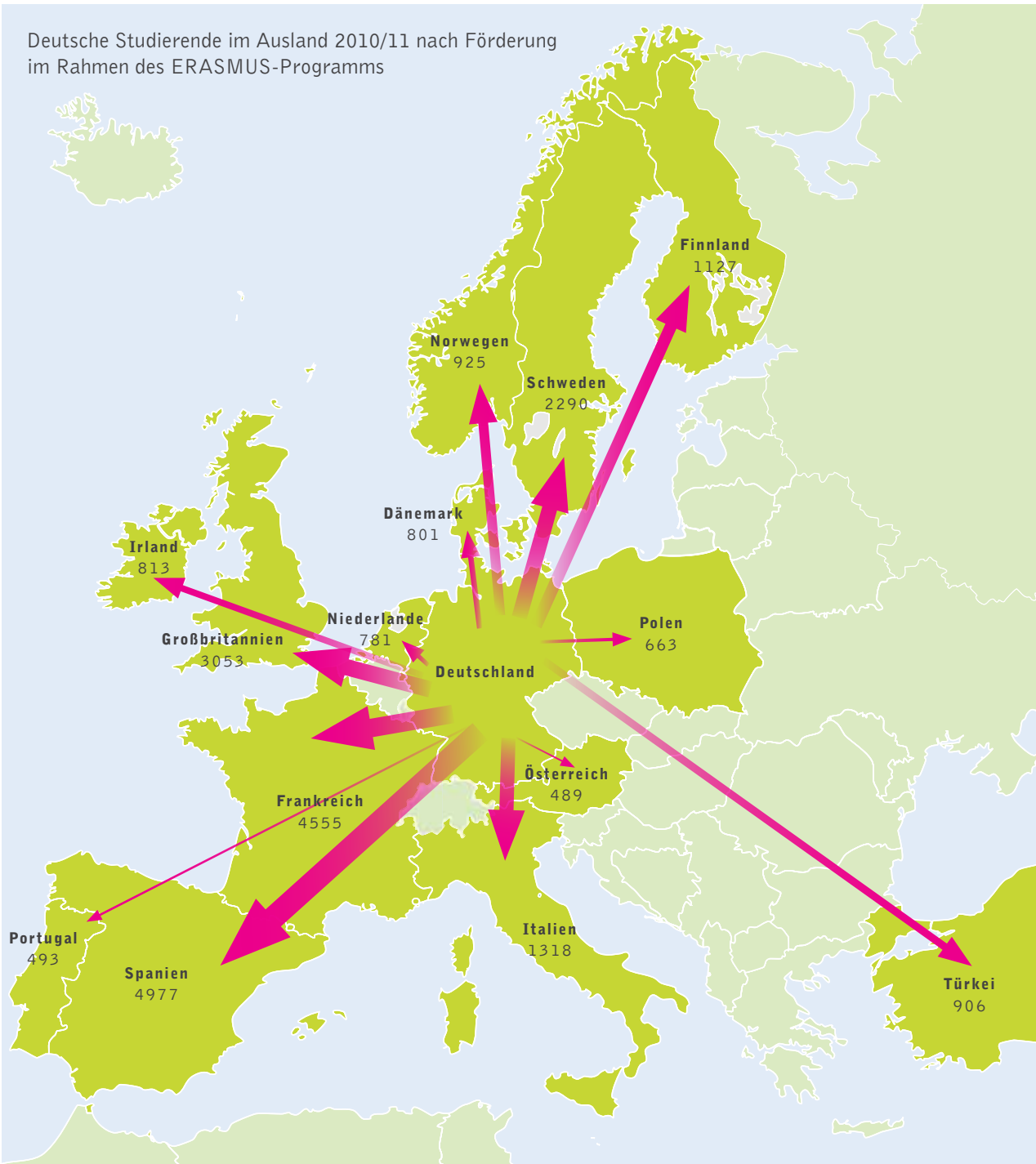


GRAFIK: FLEISCHATLAS/ HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG MIT BUND UND LE MONDE DIPLOMATIQUE BERLIN, JANUAR 2013



PHOTO BY AMIR TAJ

QUELLE: ANGABEN NACH STATISTISCHES BUNDESAMT, DEUTSCHE STUDIERENDE IM AUSLAND, 2012; GRAFIK: ANNA BERGE
WEITERE DATEN ZUR INTERNATIONALTÄT: DAAD/HIS (H.G.); WISSENSCHAFT WELTOFFEN: BIELEFELD 2012 (WWW.WISSENSCHAFT-WELTOFFEN.DE).



Brüssel scheut das Bauernopfer

Aufsehen und Protest erzeugte im letzten Jahr die Nachricht, dass das beliebte Austauschprogramm „Erasmus“ finanziell auf der Kippe stand. Die Finanzierung ist inzwischen vorerst gesichert, aber wie konnte es dazu kommen? **Von Beate Jochimsen**

Die europäische Finanz- und Schuldenkrise hat dazu geführt, dass die Haushalte vieler EU-Mitglieder unter Druck gerieten. Regierungen mussten umfangreiche Konjunkturprogramme finanzieren, und die EU hat nationale Verschuldungsgrenzen beschlossen. Beides schränkt die fiskalische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein. Als Folge sind Bereitschaft und Fähigkeit zur Finanzierung des EU-Haushalts gesunken. Sichtbar wurde dies jüngst bei den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den EU-Haushalt von 2014 bis 2020. Die Mitgliedstaaten pochten darauf, dass die Ausgaben künftig niedriger als bisher ausfallen. Es musste gespart werden. Auf den ersten Blick bieten sich die großen Ausgabenblöcke an. In der EU sind das Agrar- und Strukturausgaben mit jeweils knapp 400 Mrd. Euro im MFR. Das entspricht knapp 80 Prozent der Gesamtausgaben. Warum wird nicht bei den Agrarausgaben gespart? Länder, die sehr von den

Agrarsubventionen der EU profitieren, haben den MFR maßgeblich mit ausgearbeitet und dabei den Status quo fixiert. Zudem haben die Bauern eine mächtige Lobby. Demonstrationen in Brüssel mit Hunderten Traktoren beeinflussen Politiker und Öffentlichkeit gleichermaßen. Und warum wird nicht bei den Strukturausgaben gespart? Die Nettozahler der EU, also Staaten wie Deutschland, die mehr in den EU-Haushalt einzahlen als sie aus ihm erhalten, profitieren teilweise erheblich von den Strukturmitteln. Deutschland etwa will hier nicht kürzen, da vor allem die neuen Bundesländer in den Genuss der EU-Mittel kommen. Es bleiben also nur die kleineren Ausgabenblöcke. Hier kommt der Europäische Hochschulraum ins Spiel, der maßgeblich durch den 80 Mrd. Euro schweren Block „Forschung und Innovation“ finanziert wird. Im Prinzip sind sich zwar alle einig, dass Wissenschaft wichtig und förderungswürdig ist. Doch

der Hochschulbereich hat (noch) eine schwache Lobby. Das kann sich ändern, denn es gibt viel mehr Studierende und Wissenschaftler als Bauern in der EU. Allerdings ist der einzelne Bauer in seiner unmittelbaren Existenz bedroht, wenn die Agrarsubventionen sinken. Dagegen hat die Unterfinanzierung des Wissenschaftsbereichs nur schrittweise Auswirkungen. Es wird etwas voller in den Veranstaltungen, es gibt etwas weniger Stellen in den Labors und etwas weniger Austauschprogramme. Gerade in einer globalisierten Welt sind die Folgen mittelfristig jedoch verheerend. Studierende und Lehrende sollten sich bewusst sein, dass es bei der Interessenvertretung in der Wissenschaft auch und ganz besonders auf sie ankommt.

Beate Jochimsen ist Professorin für allgemeine Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

„Wie wir leben wollen“

Für eine gute und nachhaltige Zukunft brauchen wir verantwortungsvolle Forschung, die uns die Herausforderungen der ‚Großen Transformation‘ meistern lässt. Tamara Or erzählt, worum es bei ‚Transformationsforschung‘ geht und wie das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördert

Worum geht es bei der ‚Großen Transformation‘?

Wenn alle Menschen auf dem Globus so leben würden wie wir in Europa oder in Nordamerika, wären die natürlichen Ressourcen der Erde schon bald verbraucht. Um diesem ernüchternden Szenario rechtzeitig und wirksam zu begegnen, sind vielfältige und grundlegende Veränderungen notwendig, die unter dem Begriff ‚Große Transformation‘ gefasst werden: Es geht um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Es geht um die Neugestaltung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Es geht darum, wie wir leben wollen.

Die Worte „Wissenschaft“ und „Forschung“ sind bislang nicht gefallen ...

... ihnen kommt aber bei der Bewältigung und Gestaltung der ‚Großen Transformation‘ eine herausragende Bedeutung zu. Das hat zuletzt der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU), den die Bundesregierung 1992 als unabhängiges Beratungsgremium eingesetzt hat, deutlich gemacht, indem er die Transformation zu einer nachhaltigen klimaverträglichen Gesellschaft als offenen Suchprozess beschrieben hat. Zwar ließen sich Nachhaltigkeitsziele definieren, aber es sei nicht möglich, einen angestrebten Endzustand von Wirtschaft und Gesellschaft zu beschreiben oder vorzugeben. Aus diesem Grund sind Forschung und Bildung für den Erfolg dieses Suchprozesses zentral.

‚Transformation‘ ist ein schillernder Begriff. Wie kann man als Studienwerk diesen Themenbereich fördern?

Wir haben einen Förderschwerpunkt ‚Transformationsforschung‘ eingerichtet, der verschiedene Ebenen kombiniert: In erster Linie geht es um die Förderung von Promotionsvorhaben, die einen wichtigen, oftmals interdisziplinären Forschungsbeitrag zum Thema ‚Transformation‘ leisten. Der Förderschwerpunkt ist als Themen-Cluster organisiert, um den Promotionsstipendiatinnen und -stipendiaten auch die Möglichkeit zu eröffnen, bestehende fachwissenschaftliche Ansätze zusammenzuführen oder unter transformationsrelevanten Fragestellungen neu zu kombinieren.

Welche Unterstützung bietet das Studienwerk für Studierende an?

Mit unserem Studienprogramm „Transformation gestalten“, das im Juni 2013

starten wird, richten wir uns an die Stipendiatinnen und Stipendiaten aller Begabtenförderungswerke. Wir haben das Programm aufgelegt, weil wir mit dem WBGU die Überzeugung teilen, dass ein erfolgreicher Transformationsprozess entscheidend von einer starken Partizipation der Gesellschaft abhängt – schließlich geht es um nichts Geringeres als den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaften. Wir sehen die Studierenden der Begabtenförderungswerke als junge Nachwuchskräfte, die den Transformationsprozess in Zukunft als Akteure mitgestalten werden. Das Programm zielt daher darauf ab, die Fähigkeit der Studierenden zu fördern, unterschiedliche fachliche Perspektiven und Kompetenzen sowie divergierende politische Überzeugungen und Wertorientierungen konstruktiv und lösungsorientiert zueinander in Beziehung zu setzen.

Wie sieht das Bewerbungsverfahren für eine Promotionsförderung konkret aus?

Zweimal im Jahr, jeweils zum 1. März und zum 1. September, können sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bei uns um eine Förderung bewerben. Wir bieten neben der finanziellen Unterstützung ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zu politischen Themen, zur Förderung der überfachlichen Diskussion, zur Persönlichkeitsentwicklung und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen oder zur Vorbereitung auf den Beruf an. Auf unserer Website findet man dazu ausführliche Informationen sowie Hinweise auf interessante Veranstaltungen der Stiftung, die allen Interessierten offenstehen.

Tamara Or ist Referentin für Promotionsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Fragen stellte Philipp Antony. www.boell.de/studienwerk.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Publikation



Bericht aus der Zukunft

Wie der grüne Wandel funktioniert

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
oekom Verlag, 320 S.
zahlreiche Abbildungen, Preis: 24,95 Euro
Erscheint 6. Juni 2013 (auch als E-Book).
Bestellung: www.boell.de/publikationen

men wurde das Werk an der Universität Konstanz.

9. Berlin und Niedersachsen hui, Bayern und Schleswig Holstein pfui: Der Frauenanteil in der Professorenschaft liegt in Berlin bei 28,8 % und in Niedersachsen bei 23,6 %. Bayerische Hochschulen kommen auf nur 15,1 % und die im hohen Norden auf nur 14,6 %.

10. Eine *Stop den Prof*-Funktion hat die TU Freiberg in die neueste Version ihrer myTU-App integriert. Studierende können während einer Lehrveranstaltung der Dozentin bzw. dem Dozenten mitteilen, ob er/sie langsamer oder schneller vor-



tragen soll und – wenn sie gar nicht mehr mitkommen – zur Not einfach auf „Stop“ drücken.

11. *Viva España!* Nach Spanien zieht es die meisten ERASMUS-Studierenden. Am beliebtesten sind die Universitäten von Granada, Valencia und Madrid. In Deutschland nehmen die Berliner Universitäten die meisten ERASMUS-Studierenden auf.

12. Das *California Memorial Stadium* – Austragungsort der Heimspiele der *Cal Bears*, dem Footballteam der UC

Berkeley – hat eine Kapazität von 73.347 Sitzplätzen. Die Stimmung kocht besonders hoch, wenn die *Cal Bears* gegen die Erzrivalen aus Stanford antreten. Zum Vergleich: Das größte Fußballstadion in Deutschland in Dortmund fasst knapp 80.000 Menschen, das Olympiastadion in Berlin rund 74.000.

13. Im Alter von 97 Jahren hat der Australier Allan Stewart sein Studium mit einem Master in Klinischen Studien abgeschlossen. Er gilt damit als ältester Uni-Absolvent der Welt.



14. Nach einer Studie im Auftrag der Neuen Zürcher Zeitung verdienen Schweizer Professor/inn/en mit einem durchschnittlichen Bruttogehalt von rund 17.100 Schweizer Franken fast doppelt so viel wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Deutschland.

15. Nobelpreis-Gewinner der UC Berkeley haben dort niemals Parkplatz-Probleme. Für sie sind Dauerparkplätze reserviert. Momentan forschen und lehren neun *Nobel Laureats* an der Universität in



der Bay Area, insgesamt schmückten 51 Nobelpreis-Gewinner die Uni.

16. Massenvorlesungen sind möglich, ohne dass man sich drängeln oder auf den Boden setzen muss: Auf der Internetplattform *Coursera* bieten aktuell 33 Hochschulen aus aller Welt Online-Vorlesungen an. So referiert der Princeton-Professor Jeremy Aldemann vor 83.000 Studierenden über die „Geschichte der Welt seit 1300“.

ABILDUNG: © WWW.INTEGRALINFORMATIONARCHITECTURE.COM



Was haben Hochschulen von Diversity Management?

Das Management von Vielfalt hat seit einigen Jahren Konjunktur in Hochschulen und Hochschulpolitik. Woher kommt das Interesse?

Von Stefanie Groll und Nursemin Sönmez

Immer mehr so genannte nichttraditionelle Studierende strömen an die Hochschulen, vorrangig an Fachhochschulen: „Arbeiterkinder“, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die auf anderem Wege als über die Allgemeine Hochschulreife einen Studienplatz erworben haben. Die berufsnahe, wissenschaftsbasierte und hochwer-

tige Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten ist seit den 1970er Jahren ein bildungspolitisches Leitbild. Der Soziologe und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf sprach seinerzeit davon, dass auch „das katholische Arbeitermädchen vom Lande“ die Alma Mater von innen kennenlernen solle. Die soziale Öffnung der Hochschulen war und ist immer beides:

Ein Gebot der Bildungsgerechtigkeit und ein Gebot wirtschaftlicher Rationalität. Mehr Menschen sollen die Chance bekommen, durch höhere Bildung sozial und finanziell aufzusteigen. Gleichzeitig sollen sie als qualifizierte Arbeitskräfte die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Universitäre Monokulturen aufbrechen

Heute ist es das Damoklesschwert des demografischen Wandels, das die weitere soziale Öffnung der Hochschulen forciert. Die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft ist für Hochschulleitungen und Lehrende eine echte Herausforderung, gerade an den Universitäten: Sie müssen jeden Studierenden da abholen, wo sie oder er steht. „Wir wollen die universitäre Monokultur aufbrechen und im universitären Bildungssystem unterrepräsentierte Gruppen fördern“, sagt Ute Klammer, Prorektorin für Diversity Management an der Universität Duisburg-Essen. Die meisten Maßnahmen, die unter Diversity Management firmieren, zielen auf die so genannten nichttraditionellen Studierenden. Spezielle Lehrangebote wie Brückenkurse zwischen Schule und Studium und ein „Schnupperstudium“ werden für sie angeboten. Diversity Management heißt aber auch, Lehrende didaktisch und pädagogisch für die neuen Studierenden zu sensibilisieren. Gerade Hochschulen in Ballungsgebieten und in von Abwanderung betroffenen Regionen haben ein hohes Eigeninteresse daran, neue Studierende zu gewinnen, und setzen darum auf Inklusion. Anderenfalls könnten sie staatliche Kapazitätsanforderungen nicht erfüllen, was letztendlich zur Schließung der Einrichtung führen könnte. Aus Perspektive der Hochschulen ist Diversity Management also auch Studierendenmarketing. Vielfalt unter den

Das Lernen lernen

Wie der eigene Lernprozess steuerbar wird. Von Katharina Kutzas

Studieren kann an die Nerven gehen. Nach einer 2012 veröffentlichten Studie der TU Chemnitz kristallisiert sich in den letzten fünf Jahren unter Studierenden eine deutliche Tendenz zur Überlastung heraus, welche psychische Erschöpfung hervorruft. Dem drohenden Burn-Out kann durch die Steuerung des eigenen Lernens vorgebeugt werden: Was sich nach Mehrarbeit anhört und ein bisschen Übung erfordert, wird sich rasch auszahlen.

Selbstbeobachtungen im Lernprozess

Zunächst sollten Lernende sich durch Selbstbeobachtung mit dem eigenen Lernverhalten auseinandersetzen: Zu welcher Zeit bin ich am aufnahmefähigsten? In welchen räumlichen Umgebungen und wie lange kann ich mich konzentrieren? Für die Beantwortung dieser Fragen sollten Lernende sich

ein wenig Zeit nehmen. Es sollten mindestens fünf zu unterschiedlichen Tageszeiten stattfindende Lernsitzungen beobachtet und die Ergebnisse schriftlich festgehalten werden. Ab dann gilt: Möglichst nur in den ermittelten Konzentrationsphasen lernen, und wenn die Konzentration endgültig erschöpft ist, aufhören und Aktivitäten beginnen, die Spaß machen. Bei kleinen Konzentrationschwächen, also störenden Gedanken, sollte jedoch nicht allzu schnell aufgegeben werden. Lieber das Fenster öffnen, aufstehen und sich den Stoff noch mal bei langsamem Gehen im Zimmer aufsagen. Der Umgang mit der eigenen Zeit und Aufmerksamkeit spielt beim selbstgesteuerten Lernen eine wichtige Rolle. Daher sollte anschließend ein Lernplan erstellt werden, der die positiven Lernzeiten berücksichtigt, aber auch genügend Raum für Freizeit lässt. Hier gilt: Weniger ist mehr. Zwei bis drei Stunden

täglich ist oft effektiver als vier Stunden oder länger am Stück zu lernen. Lernphasen sollte keine intensive Mediennutzung vorangehen, denn das zerstreut die Aufmerksamkeit. Also: Facebook und E-Mail mal für einige Stunden abschalten. Auch emotionaler Stress führt zu Konzentrationsproblemen. Anstatt sich zu quälen, sollte man lieber ruhig machen und am nächsten Tag mit neuem Elan antreten.

Mit unterschiedlichen Techniken lernen

Für kurzfristige Lerneffekte können Wiederholungstechniken nützen, bei denen Listen oder Stichworte wiederholt werden. Die Wiederholung sollte geschrieben oder gemalt, gesprochen oder gehört erfolgen. Je mehr Sinne im Lernprozess involviert sind, desto besser kann das Gehirn den Pfad zum neuen Inhalt finden.

Studierenden herzustellen und sie entsprechend zu fördern wird in einigen Hochschulen zur Notwendigkeit, wie etwa im Ruhrgebiet. So will auch die Westfälische Hochschule mit ihrem Talentförderprogramm „eine bessere Ansprache von leistungsfähigen Talenten erreichen, die eine akademische Bildungsbiografie bislang nicht in Erwägung ziehen“, erklärt Programmleiter Suat Yilmaz. Das seien insbesondere „junge Talente

aus Nichtakademikerfamilien, Zuwandererfamilien und einkommensschwachen Familien“. Von der „Aktivierung dieses Talentpotenzials“ hänge die „Zukunftsfähigkeit des Ruhrgebiets“ ab. Stefanie Groll promoviert in Politikwissenschaft an der Universität Münster. Nursemin Sönmez ist Referentin im Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung und hat das Programm „Chancengerechtigkeit“ geleitet.

Quick-Check: Stipendien bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Woran erkenne ich, ob die Heinrich-Böll-Stiftung die richtige Förderinstitution für mich sein könnte?

Die Heinrich-Böll-Stiftung steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Unsere zentralen Themen sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Wissenschaftspolitik, Demokratieförderung und Menschenrechte, Gender und Interkulturalität/Diversity, Klimawandel und Energiewende, Nachwuchsförderung u. a. Wer sich bewirbt, sollte diesen Werten und Anliegen positiv gegenüberstehen und sich aktiv dafür einsetzen.

Habe ich aussichtsreiche Chancen auf eine Förderung, wenn ich sehr gute Noten in der Schule und beim Studium nachweisen kann, aber mich gesellschaftspolitisch nicht engagiere, oder umgekehrt?

Nein, beide Kriterien – hervorragende Leistung und gesellschaftliches Engagement – müssen erfüllt sein und sind notwendige Bedingungen für eine erfolgreiche Bewerbung.

Was ist mit „gesellschaftlichem Engagement“ gemeint?

Beispiele für gesellschaftspolitisches Engagement können sein: Mitarbeit in der Fachschaft, Schulsprecher/in, Leitung internationaler Jugendcamps, Mitarbeit in der Grünen Jugend, Engagement in Verbänden und NGOs, wie z. B. in einem Migrationsverein, beim BUND, bei Terre des Femmes, bei amnesty international u. v. m. Eine Parteimitgliedschaft bei Bündnis 90/ Die Grünen ist keine Fördervoraussetzung.

Gibt es eine Altersgrenze für die Bewerbung um ein Studien- oder Promotionsstipendium?

Nein, dafür gibt es keine Altersgrenzen.

www.boell.de/studienwerk

HEINRICH BÖLL STIFTUNG STUDIENWERK

Rückenwind für Talente

Unser Angebot

- Stipendien und ideelle Förderung
- Foren zum interdisziplinären Austausch
- Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- Alumni-Programm, Mentoring

Unsere Erwartungen

- Besonders gute Schul- und Studienleistungen
- Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
- Unterstützung der Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung

Unseren aktuellen Förderschwerpunkte

- Menschen mit Migrationshintergrund
- Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern
- MINT-Fächer, insbesondere mit Bezug zu Ökologie sowie Umwelt- und Klimaforschung
- Studierende aus Fachhochschulen
- Studierende aus Ost- und Südosteuropa, GUS, Naher Osten, Nordafrika, Konfliktregionen weltweit

Bewerbungstermin: 1. März und 1. September

Weitere Infos auf: www.boell.de/studienwerk

STIPENDIENPROGRAMM
Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus
Nächster Bewerbungstermin **1.9.2013**

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Publikation

Fleischatlas

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit BUND und Le Monde diplomatique

3. Auflage, Berlin 2013, 52 Seiten, zahlreiche Abbildungen

Bestellung unter www.boell.de/publikationen